



Junge Liberale

Hamburg

Langfristige Finanzstabilität nicht gegen kurzfristige Strohfeuer eintauschen

Ausgangslage:

Die nahende Wirtschaftskrise bestimmt die politische Diskussion der vergangenen Wochen. Als Verlängerung der Subprime-Krise steht eine Knappheit der kurz-, mittel- und langfristigen Kredite am europäischen und amerikanischen Geldmarkt mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums bevor. Dies wird unweigerlich Effekte auf den Arbeitsmarkt und damit die Sozialsysteme und den Staatshaushalt haben. Es hat Auswirkungen auf die Zinsen und damit auch auf die Inflation, die noch im Sommer 2008 über 3 % lag. Das Wechselkurssystem ist ebenfalls direkt betroffen.

Die Entwicklungen der vergangenen Wochen am Finanzmarkt haben gezeigt, dass diese Indikatoren in die Bewertung von Wertpapieren zunehmend eingepreist werden. Geschäftsklima-Index, Auftragsprognosen und Handelsbarometer sagen eine Fortsetzung dieses Trends voraus. Dies ist alles andere als überraschend, da die überproportionalen Wertsteigerungen der Jahre 2005 bis 2008 Wertkorrekturen unausweichlich machen. Zudem unterstützen negative Prognosen für das Jahr 2009 die Baisse der Monate Juli-November 2008. Die benötigte preisliche Effizienz wird im Laufe des Jahres 2009 zu weiteren Korrekturen führen.

Unsicherheit:

Die Geschwindigkeit, mit der die Preiskorrekturen der vergangenen Wochen abgelaufen sind, hat große Verunsicherung für Anleger, Arbeitnehmer und Unternehmen mit sich gebracht. Auch unter Experten besteht Uneinigkeit darüber, welche Handlungsoptionen jetzt ausgeschöpft werden sollten. Die Unsicherheit ist nahezu allgegenwärtig. Sie drückt sich in vorsichtigem Konsum, zögerlicher Auftragserteilung und einer zurückhaltenden Beschäftigungspolitik aus. Wo das Geld knapp wird, bestehen Engpässe in der Liquidität. Darunter werden auch die Kleinkreditnehmer – Studenten und kleinere Selbständige – zu leiden haben. Umso mehr stellt sich die Frage: Was kann unternommen werden, um die sich abzeichnende Krise so glimpflich wie möglich abzufedern? Was sind dabei die Handlungsoptionen, die der Staat besitzt? Wie kann eine solide Strategie aussehen, die insbesondere die Generationengerechtigkeit berücksichtigt und damit nicht die langfristigen Interessen der jüngeren Generation opfert um kurzfristige Effekte zu erzielen oder Symbolpolitik zu betreiben?

Aktionismus:

Die tagespolitischen Vorschläge zum Thema Wirtschafts- und Finanzpolitik entspringen weniger dem Sachverstand von Experten als dem Aktionismus von Politikern. Sie sind nicht

Ausdruck von wirtschaftspolitischer Vernunft und von Überblick über die tatsächliche Sachlage, sondern von Unsicherheit und Unwissenheit. Sie tragen somit nicht zur Entspannung der Situation bei. Vielmehr zeigen sie, dass durch eine starke wirtschaftliche Veränderung die Politik aufgeschreckt wird, die Entscheidungskraft eines ruhigen und besonnenen Entscheiders aber gänzlich abhanden kommt.

Die wichtigste wirtschaftspolitische Handlungsmaxime, die es in diesen Tagen gibt, lautet: Ruhe bewahren. Der Staat hat kaum Möglichkeiten, die schlechten Aussichten für 2009 zu verbessern. Die bereits beschriebenen Anpassungsprozesse sind notwendige Reaktionen, die insofern nicht besorgniserregend sind, als sie berechenbar und nicht von Dauer sind. In diesen Tagen gilt es also, den Menschen eine Perspektive für 2009 und darüber hinaus aufzuzeigen. Diese Perspektive kann keineswegs errichtet werden, indem einzelne Maßnahmen durchgeführt werden, deren Wirkung unsicher ist und deren Ergebnis erst zu einem Zeitpunkt eintritt, der ungewiss ist und somit auch nicht klar ist, ob zum Eintreffen des Ergebnisses dieses auch noch notwendig und gewünscht ist. Auch darf sich der Staat jetzt nicht zum Handlanger einzelner Industrien machen.

Das grundlegende Problem der Kurzfristigkeit staatlicher Handlungsoptionen ist in drei „Lags“ begründet:

- Erkenntnislag
- Entscheidungslag
- Wirkungslag

Das Erkenntnislag beschreibt den Umstand, dass die Auswirkungen, die bekämpft werden sollen, erst nach deren Ende bekannt sind. Zu dem Zeitpunkt, wo eine staatliche Entscheidung über ein Maßnahmenpaket also getroffen werden soll, liegen die relevanten Informationen nicht vor. Als Entscheidungsgrundlage dienen somit Prognosen, die allerdings gerade in dieser wechselhaften Zeit sehr fehleranfällig sind und deren Qualität sich somit nicht einschätzen lässt.

Das Entscheidungslag meint die Zeitverzögerung, die vergeht, bevor die Erkenntnis, die wie beschrieben meist fehlerhaft zum Entscheidungszeitpunkt ist, auch eine Entscheidung im politischen Entscheidungsprozess nach sich zieht. Im Ergebnis wird damit die Beurteilung der Situation zu einem anderen Zeitpunkt vorgenommen, als die Entscheidung über eine daraus folgende Handlung. Selbst wenn der politische Entscheidungsprozess sehr schnell vor sich geht, wie dies im Falle des Finanzmarktpaketes der Bundesregierung der Fall war, dann bleiben Erkenntnislag und Wirkungslag erhalten.

Das Wirkungslag bezeichnet die Zeit zwischen der Entscheidung über eine Maßnahme und deren Effekt. Die politische Entscheidung selbst muss dabei keinen Effekt besitzen. Hat sie einen, so sind bei Entschluss weder dessen genauer Zeitpunkt noch dessen Höhe bekannt.

Entsprechend dieser drei Lags kann der Staat keine wesentlichen globalen Instrumente einsetzen, um den Wirtschaftsprozess effektiv zu lenken. Neben den hier aufgezeigten Unzulänglichkeiten staatlicher Maßnahmen kommt eine politische Wirkungsdauer auf die öffentliche Meinung hinzu. Ist die politische Maßnahme dabei eine solche, die nur als kurzfristige Reaktion auf einen weltweiten Prozess zu sehen ist, so ist auch der politische Effekt gering, weil er von den negativen Nachrichten, die den Anpassungsprozess bestimmen, überlagert wird.

Der politische Handlungsspielraum, der in Deutschland besteht, ist also kein unmittelbar wirtschaftspolitischer. Er kann nicht durch kurzfristige Maßnahmen gleich welcher Art Wirkungen erzielen. Eine Politik der Konjunktursteuerung ist und bleibt falsch, auch in Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession. Sie greift immer zu kurz, verfehlt ihre Ziele und schafft neue Probleme.

Statt einer ergebnislosen und effekthaschenden Politik als Ausdruck von Unvermögen, Unsicherheit und Unwissenheit sollte sich der Staat deshalb gerade in einer solch schwierigen Zeit auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Er sollte langfristig planen und versuchen, effizient zu wirtschaften. Er sollte investieren statt konsumieren und somit für heutige und nachfolgende Generationen ein verlässlicher Partner sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es zuallererst einer verlässlichen Finanzpolitik. Diese verlässliche Finanzpolitik ist unabdingbar. Es darf nicht in wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten geplant werden, als ginge es immer so weiter. Es müssen in der Haushaltsplanung des Staates Risiken vorgesehen werden. Es müssen Rückstellungen für wirtschaftlich schwächere Zeiten gebildet werden. Es dürfen vor allem keine Schulden auf Kosten nachfolgender Generationen mehr gemacht werden.

Für die Erreichung eines solchen Ziels ist eine Finanzverfassung notwendig, die die große Komplexität der Staatsfinanzen abbildet und gleichzeitig modern genug ist, um auf Wertentwicklungen reagieren zu können. Sie muss eine Lösung für die Mischfinanzierung zwischen EU, Bund, Ländern und Kommunen beinhalten und das Konnexitätsprinzip so gut es geht verwirklichen. Und sie muss die Generationengerechtigkeit als oberstes Prinzip verwirklichen.

Natürlich sind diese Ziele nicht in einem einzigen Antrag zu verwirklichen. Ihre Umsetzung verlangt viel eher eine kontinuierliche Bearbeitung dieses Themas. Die folgenden Inhalte sind dennoch ein großer Schritt zur Erreichung der hier genannten Ziele.

Die Landesmitgliederversammlung der Jungen Liberalen Hamburg möge beschließen:

Die Hausaufgaben des Staates: Solide Finanzen

Die JuLis Hamburg fordern:

- Die Abschaffung des Solidarzuschlags und somit das Zulassen von preislichen Unterschieden im Bereich der Lohnkosten.

Dies wiederum drückt sich in realen Kaufkraftunterschieden aus und steigert die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands. Die entstehenden Wachstumsimpulse führen automatisch zu einer Anpassung der Löhne auf Westniveau. Derzeit müssten die Löhne in den ländlichen Regionen und kleinen Städten im Osten bei etwa 70 Prozent des durchschnittlichen Westniveaus liegen, weil das der dortigen Produktivität entspricht.

- Ein konsequentes Neuverschuldungsverbot für Länder und Bund. Im Rahmen der Kameralistik ist dieses Neuverschuldungsverbot orientiert an einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung. Dabei sind keine neuen Ausgabenbereiche als Investitionen zu rechnen.

Dieses Neuverschuldungsverbot ist notwendig, da die derzeitige Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen bei 400 Euro pro Sekunde liegt. Eine Zunahme dieses Wertes in 2009 ist aufgrund der Finanzkrise sehr wahrscheinlich. Damit verbunden werden Steuerausfälle sein.

- Eine effektive und gut zu überwachende Schuldenbremse:
 - Die überholte Feststellungsmöglichkeit der Störung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts als Legitimation für eine überhöhte Verschuldung wird abgeschafft. Damit wird Art. 115 des Grundgesetzes, der die Kreditaufnahme in Verbindung zu den Investitionen setzt, ersatzlos gestrichen.
 - Bei den Haushaltsplanungen ist das Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns auch für den Staat verbindlich zu gestalten. Entsprechend darf die Haushaltsplanung der Regierungen und die geplanten Werte für entscheidende Wirtschaftszahlen wie das prognostizierte Wachstum nicht über dem Durchschnitt der drei niedrigsten Prognosen von (den derzeit fünf) staatlichen Wirtschaftsinstituten liegen. Darüber hinaus ist eine Rolle für privatwirtschaftliche Institute zu entwickeln.
 - Die Verplanung zukünftiger Einnahmen ist nur durch die ausreichende Rückstellung von Finanzmitteln zulässig.

- Der Länderfinanzausgleich wird bis 2015 schrittweise zurückgeführt auf 50 %.

Die Folgen dieser Maßnahme bestehen in mehr Wettbewerb zwischen den Bundesländern in der ersten Stufe. In einer zweiten führt sie zu dem Anreiz, eine bedächtigeren Ausgabenpolitik zu betreiben und somit zu Sparsamkeit. Das Trittbrettfahrerverhalten wird verringert, weil die Ergebnisse einer erfolgreichen Standortpolitik stärker als bisher dem betroffenen Bundesland zugute kommen. Zudem soll 5 Jahre nach Einführung dieser Maßnahme eine Evaluation über den Erfolg dieser Maßnahme erfolgen. Ist der gewünschte Effekt der Schuldenreduzierung einzelner Bundesländer nicht ausreichend stark, soll eine weitere Reduzierung der Quoten im Länderfinanzausgleich vorgenommen werden.

- Das letzte Zehntel der staatlichen Ausgabenobergrenze wird zum haushaltspolitischen Spielraum. Wird der Beginn des Zehntels überschritten, so hat die verschuldende Landes- oder Bundesregierung ein Sanierungskonzept vorzulegen, mit dem die Einhaltung der Ausgabenobergrenze garantiert wird. Wird ein Überschuss erwirtschaftet, so wird dieser zur Schuldentilgung verwendet.
- Die Bundesländer verankern die hier aufgezeigte Schuldenbremse in ihren Landesverfassungen, der Bund schreibt diese ins Grundgesetz.

Nach den Bundesländern soll auch der Bund die Doppelte Buchführung (Doppik) einführen. Als Beispiel dienen dabei bereits getätigte Erfahrungen des Bundeslandes Hamburg. Für die Einführung der Doppik soll eine Strategie entwickelt werden. Bis zum Jahr 2015 soll diese umgesetzt werden. Für das Jahr 2016 ist dann erstmals eine Bilanz des Bundes aufzustellen.



Universität Hamburg im Bezirk Eimsbüttel erhalten

Die Jungen Liberalen Hamburg sprechen sich für eine grundlegende Sanierung und den dauerhaften Erhalt der Universität Hamburg im Bezirk Eimsbüttel aus und fordern die FDP Hamburg auf, sich dafür einzusetzen.



Junge Liberale

Hamburg

Sanierungskonzept für Hamburger S-Bahnhöfe erstellen

Die Jungen Liberalen Hamburg stellen fest, dass sich zahlreiche S-Bahnhöfe in Hamburg in einem unwürdigen, teilweise stark heruntergekommenem Zustand befinden. Zu diesen Stationen zählen u.a. die Bahnhöfe „Alte Wöhr“, „Berliner Tor“, „Hasselbrook“, „Hoheneichen“ und „Veddel“. An einigen dieser Stationen besteht akuter Sanierungsbedarf. So ist der Zustand des Bahnsteiges am S-Bahnhof „Hoheneichen“ derzeit sogar so stark, dass die Gefahr eines Zusammenbruches bzw. Absackens des Bahnsteiges – wie in der Vergangenheit am S-Bahnhof „Hochkamp“ bereits geschehen – besteht.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern daher die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie die S-Bahn Hamburg GmbH auf, im Rahmen eines Sanierungskonzeptes den aktuellen baulichen Zustand aller S-Bahnstationen in Hamburg zu erfassen und einen Masterplan zur Behebung des offensichtlichen Sanierungsstaus vorzulegen.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die FDP-Fraktionen in den Bezirksversammlungen dazu auf, in geeigneter Art und Weise auf die Erstellung eines Sanierungskonzeptes hinzuwirken.



Junge Liberale

Hamburg

Intelligentes Ampelsystem für Hamburg

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern ein die Prüfung der Einführung eines intelligenten Ampelsystems für Hamburg. Als Vorbild sollte dafür das Projekt „Travolution“ aus Ingolstadt dienen, dass dort einen sehr großen Erfolg hat. Im Rahmen dieses Modellsystems werden die wichtigsten Ampeln miteinander geschaltet und bedarfsgenau – entsprechend dem Verkehrsaufkommen auf einzelnen Straßenabschnitten - gesteuert, um einen optimalen Verkehrsfluss zu gewährleisten. Ein intelligentes Ampelsystem ist besonderes effektiv in innerstädtischen Bereichen, wo viele Ampeln kurz nach einander geschaltet sind. Die Kosten in Ingolstadt betragen für 47 Ampeln auf 1,2 Millionen es sind zu prüfen ob diese Zahl auf so für Hamburg umsetzbar ist.

Die Jungen Liberalen Hamburg sprechen sich dafür aus, nach erfolgreicher Prüfung, zunächst im Rahmen eines Pilotversuches ein intelligentes Ampelsystem in Hamburg auf dem Ring 2 und dem Ring 3 sowie auf der B 75 und der ehemaligen B 434 einzurichten.



Junge Liberale



Hamburg

Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Hamburg

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die komplette Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in der Freien und Hansestadt Hamburg als Modellversuch für ganz Deutschland. Hierbei sollen auch und gerade Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen, sowie in den Nachtstunden ermöglicht werden.

Ihrer Grundidee, dem freien und selbst bestimmten Bürger, folgend, fordern die Jungen Liberalen Hamburg den Senat der Hansestadt Hamburg auf, als erstes deutsches Bundesland mit gutem Beispiel voranzugehen und die Ladenöffnungszeiten komplett in Hamburg zu liberalisieren. Damit wird ein positives Zeichen im Sinne des mündigen Staatsbürgers gesetzt und die Freie und Hansestadt Hamburg wird ihrer Tradition als Kaufmanns- und Handelsstadt stärker gerecht.

Die Jungen Liberalen Hamburg sind davon überzeugt, dass das Land Hamburg mit der kompletten Freigabe der Ladenöffnungszeiten ein starkes Signal in Norddeutschland aussenden würde und gleichzeitig die eigene Attraktivität für den Wochen- und Tagestourismus sowie für Käufer aus dem Umland weiter stärken wird.

Die Jungen Liberalen Hamburg stellen klar, dass es nicht im Sinne eines demokratischen Staates sein kann, den Bürgern die Zeiten ihres Einkaufes vorzuschreiben. Vielmehr sollte jeder selbst - auch die Geschäftsleute - über den Zeitpunkt seiner Aktivitäten entscheiden können. Eine Liberalisierung setzt auf die Eigenständigkeit der menschlichen Entscheidungen und nicht auf Verbote und staatliche Interventionen.

Die Landesmitgliederversammlung der Jungen Liberalen Hamburg fordert den Landesvorstand der Jungen Liberalen Hamburg auf, sich deutlich für die Mündigkeit des Bürgers einzusetzen, und die komplette Freigabe der Ladenöffnungszeiten in Hamburg in die Programmdiskussion zu übernehmen.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die FDP-Fraktionen in den Bezirksversammlungen auf, sich im Dialog mit dem Einzelhandel in geeigneter Art und Weise für die komplette Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Hamburg einzusetzen.



Junge Liberale



Hamburg

Schwarz-grüne Haushaltspolitik geht zu Lasten künftiger Generationen

Es muss bei den Haushaltsverhandlungen ein Neuverschuldungsverbot konsequent eingehalten werden. Neuverschuldung darf auch nicht über Nebenhaushalte generiert werden, ohne, dass es in der Bilanz der Hansestadt sichtbar wäre.



Kirchensteuer abschaffen

Wir fordern die FDP auf, erneut eine Initiative zu starten, die eine Verfassungsänderung im Bezug auf die Kirchensteuer zum Ziel hat.



Keine Verwendung von GEZ-Gebühren für privates Sponsoring

Die Jungen Liberalen stellen mit Erschrecken fest, dass der durch die GEZ-Gebühren finanzierte Radiosender NDR 2 den bisherigen privaten Stadionsender „Radio Hamburg“ übrboten hat und so den Zuschlag für die exklusiven Stadionrechte des HSV erworben hat.

Aus Sicht der Jungen Liberalen Hamburg stellt eine solche Finanzierungsform kein öffentlich-rechtliches Interesse dar.

Wir fordern daher eine Ausschreibung unter den rein privaten Radiosendern in Hamburg.



Preisbindung von Öl- und Gaspreis endlich aufheben

Die JuLis Hamburg fordern die FDP auf, sich für die Aufhebung von Öl- und Gaspreis auf internationaler Ebene stark zu machen.



Junge Liberale

Hamburg

§ 30 (1) Satz 2 und 3 der StVO streichen

Die Jungen Liberalen Hamburg stellen fest, dass die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) unnötige Vorgaben enthält, deren Regelungen entbehrlich sind und daher eine Berücksichtigung in der StVO nicht zwingend erfordert.

Die Jungen Liberalen Hamburg sprechen sich dafür aus in § 30 (1) Satz 2 der StVO die Formulierung „die Fahrzeugh Türen übermäßig laut zu schließen“ zu streichen sowie § 30 (1) Satz 3 der StVO vollständig zu streichen.



Junge Liberale



Hamburg

LKW-Rückstau vor dem Elbtunnel vermeiden

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die Öffnung der beiden aus nördlicher Richtung kommenden Fahrbahnen vor dem Elbtunnel für Lastkraftwagen. So können Rückstaus auf diesem 4-spurigen Abschnitt der Bundesautobahn A7 vermieden werden.



Junge Liberale

Hamburg

Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr in Hamburger Randgebieten ausweiten

Die Jungen Liberalen Hamburg erkennen vor dem Hintergrund zahlreicher Erfahrungen im Umland von Hamburg und darüber hinaus, dass die Einrichtung eines Anruf-Sammel-Taxi-Verkehrs unter bestimmten Voraussetzungen einen angebotsorientierten ÖPNV ergänzen kann und gleichzeitig auf der Leistungsbestellerseite – bei entsprechender Leistungsvergabe im Wettbewerbsverfahren - zu Einsparungen gegenüber einem herkömmlichen Mehrverkehr mit klassischen Linienbussen führen kann.

Die Jungen Liberalen Hamburg setzen sich daher dafür ein, dass über den bestehenden Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr in den Vier- und Marschlanden im Bezirk Bergedorf hinaus in weiteren Gebieten Hamburgs die Einführung eines Anruf-Sammel-Taxi-Verkehrs im Nachtverkehr geprüft werden soll. Dabei soll das Anruf-Sammel-Taxi (AST) keine bestehenden Verkehrsleistungen ersetzen, sondern das Angebot sinnvoll und vertaktet ergänzen.

Neben der von den Jungen Liberalen Hamburg bereits geforderten Einführung eines AST-Verkehrs im Alstertal und in den Walddörfern, erscheint zunächst die Einführung des AST in weiteren, vergleichsweise weniger dicht besiedelten Gebieten der Freien und Hansestadt Hamburg, wünschenswert.

Die Jungen Liberalen Hamburg sprechen sich daher für die Einrichtung eines AST-Verkehrs im Alten Land (Bezirk Harburg) und Finkenwerder (Bezirk Hamburg-Mitte) zur Feinerschließung der Siedlungsgebiete und Verknüpfung mit den im Wochenendnachtverkehr bedienten Schnellbahnhaltstellen ein.



Junge Liberale



Hamburg

Durchgehender Nachtbetrieb auf der Metrobuslinie 24

Die Jungen Liberalen Hamburg stellen fest, dass die Metrobuslinie 24 zwischen dem Regionalbahnhof Rahlstedt und dem U-Bahnhof Niendorf Markt eine wichtige Tangentialfunktion im Busliniennetz des Hamburger Verkehrsverbundes übernimmt. Die Metrobuslinie 24 besitzt derzeit keinen durchgehenden Nachtverkehr. Unter der Woche besteht eine Bedienungspause von ca. vier Stunden auf dem gesamten Linienverlauf, in den Wochenendnächten werden lediglich die Abschnitte U-Niendorf Markt – Krohnstiegtunnel und S-Poppenbüttel – U-Volksdorf jeweils im 40-Minutentakt bedient.

Die Jungen Liberalen Hamburg sprechen sich dafür aus, dass die Metrobuslinie 24 wegen ihrer wichtigen tangentialen Verknüpfungsfunktion zukünftig durchgehend im Nachtbetrieb auf voller Linienlänge bedient wird. Dabei soll unter der Woche ein durchgehendes Angebot mindestens im leicht zu merkenden 60-Minutentakt neu eingerichtet werden und der bisherige 40-Minutentakt an den Wochenendnächten auf den bislang im Wochenendnachtverkehr nicht bedienten Linienverlauf ausgedehnt werden.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern den Hamburger Verkehrsverbund auf, einen durchgehenden Nachtbetrieb auf der Metrobuslinie 24 einzurichten.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die FDP-Fraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek auf, sich in geeigneter Art und Weise für die Einrichtung eines durchgehenden Nachtbetriebes auf der Metrobuslinie 24 einzusetzen.



Junge Liberale



Hamburg

Abfahrtsbereiche für Schienenersatzverkehre dauerhaft kennzeichnen

Die Jungen Liberalen Hamburg stellen fest, dass es insbesondere bei spontanen Schienenersatzverkehren bei U-, S- oder Regionalbahnlinien, etwa auf Grund eines Brückenanfahrtschadens oder eines Notarzteinsatzes, bei den Fahrgästen immer wieder zu Unklarheiten kommt, von welchem Abfahrtsbereich aus die Busse des Schienenersatzverkehrs (SEV) abfahren. Manche „Haltestellen“ des Schienenersatzverkehrs liegen dabei weit entfernt von der eigentlichen Schnellbahnhaltestelle und ein Haltebereich für den SEV, etwa im Falle der S-Bahnstationen Hoheneichen und Kornweg (Klein Borstel), ist nicht markiert.

Die Jungen Liberalen Hamburg sprechen sich dafür aus, dass – soweit möglich – die jeweils im Falle eines SEV von den Ersatzbussen bedienten Haltestellen / Abfahrtsbereiche dauerhaft als solche gekennzeichnet werden, damit sich Fahrgäste im Falle eines SEV leichter auf die veränderte Situation einstellen können. Als Vorbild kann dabei der dauerhaft als SEV-Haltestelle gekennzeichnete Abfahrtsbereich am Regionalbahnhof in Rahlstedt dienen.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern den Hamburger Verkehrsverbund auf, soweit möglich, die Haltebereiche für mögliche Schienenersatzverkehre in der Umgebung der jeweiligen Schnellbahnstation dauerhaft zu markieren.

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die FDP-Fraktionen in den Bezirksversammlungen Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek dazu auf, sich in geeigneter Art und Weise für die dauerhafte Kennzeichnung von SEV-Abfahrtsbereichen an den jeweiligen Schnellbahnhaltestellen einzusetzen.